

Zeitschrift:	Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	67 (1988)
Heft:	9
Artikel:	SPD : Genossinnen übernehmen die Führung : Gruppenbild mit Damen
Autor:	Hartmann, Horst
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-340635

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

hektischen, unüberlegten Bittsteller spielen, der keuchend und schlecht vorbereitet am Verhandlungstisch anlangt und lautstark verkündet: «Wir haben keine Alternative zur Vollmitgliedschaft in der EG, also diktieren uns eure Bedingungen.»

Grenzen nicht überschreiten

So steht die österreichische Sozialdemokratie wenige Wochen nach einem Personenwechsel an der Spitze der Partei und wenige Monate vor ihrem 100. Geburtstag in einer schwierigen, aber doch interessanten und zukunftsträchtigen Phase ihrer Entwicklung. Sie ist seit 18 Jahren die stärkste politische Kraft in Österreich. Über eine Selbstverständlichkeit viele Worte zu verlieren ist unnütz, aber dass dies eine Selbstverständlichkeit sein muss, soll ausgesprochen werden:

Die österreichische Sozialdemokratie hat Problemlösungsfähigkeit bewiesen, muss sich aber auch Sensibilität für ihre eigenen Schwächen und Probleme bewahren. Sie führt eine Koalitionsregierung, in der

selbstverständlich viele Kompromisse geschlossen werden müssen, aber sie muss wissen, welche Grenzen dabei nicht überschritten werden dürfen. Sie hat Realismus und Visionen und benötigt auch beides und darüber hinaus die Unterstützung möglichst vieler engagierter, sozial denkender, politisch interessierter Menschen, wenn sie ihren Weg in die neunziger Jahre erfolgreich weitergehen will – und dazu ist sie fest entschlossen.

Noch etwas Letztes soll unserer Bewegung ins Stammbuch geschrieben werden, auch wenn es altmodisch und hausbacken klingen sollte: Die verschiedenen Skandale der letzten Jahre waren ein Menetekel an der Wand unserer Demokratie. Die Sozialdemokratie verdient den Tadel ihrer Freunde und wird ihren Grundprinzipien untreu, wenn sie nicht strengere moralische und ethische Massstäbe an sich und ihre Funktionäre anlegt, als dies bei anderen Parteien der Fall ist. Der Sozialismus von Victor Adler bis zur Gegenwart hat eine moralische Dimension und muss eine moralische Dimension haben.

Copyright by «Zukunft».

SPD: Genossinnen übernehmen die Führung

Gruppenbild mit Damen

Von Horst Hartmann

Orte der Handlung: Hamburg und Langen im Kreis Offenbach. Zum erstenmal in der Geschichte der SPD wurden ein Landesverband und ein besonders wichtiger Bezirksverband von Frauen geleitet. Die Hamburger Genossen wählten die 38jährige Diplompädagogin Traute Müller zur Landesvorsitzenden mit 207 von 303 Delegiertenstimmen, und der

Bezirk Hessen-Süd entschied sich für die 45jährige Heidemarie Wieczorek-Zeul mit 161 von 299 gültigen Stimmen.

Traute Müller war in der Erwachsenenbildung tätig und zuletzt als Geschäftsführerin des Zentrums für berufliche Integration von Arbeitslosen. Die Gewerkschafterin war in den siebziger Jahren Mitglied des Juso-Landesvorstandes und

des Bundesvorstandes der Jungsozialisten. Bei ihrer Wahl erklärte Traute Müller ihre Bereitschaft für einen innerparteilichen Neuanfang unter dem neuen ersten Bürgermeister Henning Voscherau.

Dem Posten des Landesvorsitzenden kommt in Hamburg eine entscheidende Bedeutung zu, neben dem Fraktionsvorsitz und dem Amt des Bürgermeisters. Da der rechte Parteiflügel den Bürgermeister und den Fraktionsvorsitzenden stellt, fällt der Landesvorsitz an einen Sozialdemokraten des linken Flügels.

Hessen-Süd ist mit 82 000 Mitgliedern noch immer der zweitgrößte SPD-Bezirk im Bund und bekannt für einen deutlichen Linkskurs. Heidemarie Wieczorek-Zeul, die dem Parteipräsidium angehört und als Jungsozialistin recht populär war, trat gegen den früheren Sozialminister Armin Claus an. Die Ausgangssituation für die hessischen Sozialdemokraten ist schwierig, denn im April 1987 verlor die Partei denkbar knapp die Regierungsmehrheit nach 40 Jahren.

Dieser Schock ist noch nicht endgültig überwunden, obwohl die Landtagsfraktion der CDU/FDP-Regierung keine Antwort schuldig bleibt. Der Bezirk Hessen-Süd will weiterhin für Denkanstöße sorgen. Da die «rote Heidi» eine glänzende Debattenrednerin ist und noch keinem politischen Widersacher eine Antwort schuldig blieb, wird sie sicherlich für neuen Auftrieb und ein intellektuelles Image sorgen. Ihr erklärtes Ziel ist eine Erneuerung des Bezirksvorstandes. Allerdings will sie das landespolitische Spiel nicht selbst in die Hand nehmen. Die wichtige Entscheidung über die Nachfolge des Spitzenkandidaten für die nächste Landtagswahl bleibt weiterhin offen, nachdem Hans Krollmann sich

zurückgezogen hat. Im Gegensatz zu Heidemarie Wieczorek-Zeul hält Armin Claus einen Neuanfang programmatisch und strategisch für völlig falsch. Die neue Bezirksvorsitzende verspricht dagegen «frischen Wind», wobei sie in Langen auf selbstkritische Töne nicht verzichtete.

Ihrer Meinung nach herrscht an der Basis der Eindruck vor, «als vermittelte unsere Landespolitik kein klares Profil und keinen mitreissenden Elan». In der Entwicklung bis 1987 sieht sie «ein Zuwenig an innerparteilicher Demokratie». Das bezieht sich auf das Ende der rot-grünen Koalition unter Holger Börner. Das von Hessen-Süd unterstützte Bündnis war von einer kleinen Gruppe um den Ministerpräsidenten beendet worden.

Heidemarie Wieczorek-Zeul warnte in Langen, es dürfe nicht nur ein kleiner Zirkel führender Genossen wichtigste und folgenschwere Entscheidungen treffen. Sie forderte eine verstärkte Kontrolle der Verwaltung «durch mehr Transparenz und bessere Aktenzugangsrechte der Bürger». Nach dem Vorbild skandinavischer Länder und der USA soll ein «Informationsfreiheitsgesetz» einen leichteren Zugang zu Behördenakten ermöglichen.

Abgelehnt wurde dagegen der Vorschlag, Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene zu fordern. Der frühere

hessische Innenminister Horst Winterstein warnte davor, Fragen der Ausländerpolitik per Volksentscheid zu lösen. Bei der starken Ablehnung gegenüber Fremden könnten Massnahmen getroffen werden, die dem deutschen Ansehen im Ausland schaden.

Verboten werden sollte dagegen die künstliche Befruchtung ausserhalb des Mutterleibes, um einen Missbrauch der Embryonen auszuschliessen. In Sachen «Frauenquote» sollen zukünftig in der Partei mindestens 40 Prozent aller Funktionen und Mandate von Frauen besetzt werden. Bei den Parteiamtern in Hessen-Süd soll das bis 1990 verwirklicht werden. Wie schwierig das zu verwirklichen ist, zeigte sich bei der Wahl zum neuen Parteivorstand. Bislang gehörten dem 19köpfigen Gremium sieben Frauen an, in Zukunft sind es nur fünf.

In den kommenden Monaten sollten sich die Hessen auf den schwelenden Korruptionsskandal in der Frankfurter Stadtverwaltung konzentrieren und praktikable Kontrollmechanismen vorlegen, die eine Wiederholung ausschliessen. 1989 folgt dann der erste grosse Härtetest, wenn der ehemalige Bundesminister Volker Hauff in Frankfurt antritt, um als Oberbürgermeister gewählt zu werden. Voraussetzung für einen Sieg muss der Schulterschluss zwischen dem linken und rechten Flügel sein.

SPD und SED machen bündnisübergreifende Vorschläge

Zone des Vertrauens

Der Dialog über die Mauer zeigt Resultate

In den ersten Juli-Tagen dieses Jahres hat die gemeinsame Arbeitsgruppe von SPD und SED

ihr neues Papier über sicherheitspolitische Fragen vorgelegt. Der Inhalt dreht sich in erster Li-

nie um vertrauenschaffende Sicherheitsstrukturen für Europa. Wir dokumentieren die Thesen der beiden Parteien in leicht gekürzter Form.

1. Die Chancen für weitere Abrüstungsschritte in Europa

1.1 Nach Inkrafttreten des Abkommens über die Beseitigung aller landgestützten sowjetischen und amerikanischen Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite muss die historische Chance genutzt werden, das alte Denken in den Kategorien militärischer Konfrontation und Abschreckung zu überwinden sowie eine internationale Ordnung des Friedens zu schaffen, die allen Staaten gleiche Sicherheit gibt. (...)

1.2 Erst der Abbau der militärischen Konfrontation eröffnet die reale Möglichkeit, ein europäisches System der gemeinsamen Sicherheit und allseitigen Zusammenarbeit zu entwickeln. SPD und SED teilen die Auffassung der politischen Kräfte, die den Abrüstungsprozess fortsetzen und ihm Dynamik verleihen wollen. Das gilt besonders für Europa und seine zentrale Region mit seiner grössten existierenden Dichte von Streitkräften und Waffen. In diesem Zusammenhang erneuern beide Parteien ihre Forderung, in Wien schnellstens das Mandat für Verhandlungen noch in diesem Jahr über die Reduzierung von Truppen und konventionellen Rüstungen in Europa fertigzustellen. (...)

1.3 Zugleich gilt es, weitere Anstrengungen auf dem Wege zur Beseitigung der Massenvernichtungswaffen in Europa, insbesondere der taktischen Atomwaffen, zu unternehmen. (...)

1.4 Verhandlungen auf der Ebene der Regierungen entbinden politische Parteien in Ost und West nicht von der Verantwortung, den Abrüstungspro-